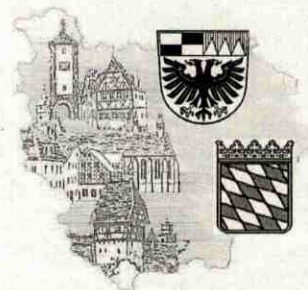


LANDRATSAMT ANSBACH

- Bauverwaltung -



Landratsamt Ansbach · Postfach 1502 · 91506 Ansbach

Herr
Markus Appold
Am Mühlfeld 21
91567 Herrieden

Hausanschrift
Dienstgebäude 1
Crailsheimstraße 1
91522 Ansbach
Vermittlung: 0981 468-0
Telefax: 0981 468-1119

Öffnungszeiten
Montag bis Freitag
8.00 – 12.00 Uhr
sonst nach Vereinbarung

E-Mail: poststelle@landratsamt-ansbach.de
E-Mail für Rechnungen: rechnung@landratsamt-ansbach.de
URL: www.landkreis-ansbach.de

Bitte bei Antwort angeben

Kontakt
Frau Bleicher

Unser Zeichen
20202040-SG41-JB

Telefon
0981 468-4120

Telefax
0981 468 -4019

Zi-Nr.
2.26

Ansbach, 27.07.2021

Betreff: **Neubau eins BHKW-Motorenhaus und Wärmepuffer**
Bauherr: **Herr Markus Appold, Am Mühlfeld 21, 91567 Herrieden**
Bauort: **Seebrohn 10 , 91567 Herrieden**
Gemarkung Hohenberg, Flurnr. 378/1

Das Landratsamt Ansbach erlässt folgenden

BESCHEID:

- I. Dem Bauwerber wird für das oben näher bezeichnete Bauvorhaben nach Maßgabe der dem Bauantrag beigelegt und mit dem Genehmigungsvermerk versehenen Bauunterlagen sowie der unten aufgeführten Bedingungen und Auflagen die

bauaufsichtliche Genehmigung

erteilt.

00101

- II. Für das vorbezeichnete Bauvorhaben wird eine Abweichung von Art. 6 BayBO zugelassen.

00707

- III. Die Kosten des Verfahrens hat der Antragsteller zu tragen. Für diesen Bescheid werden die in der bereits zugesandten Kostenfestsetzung aufgeführten Gebühren und Auslagen erhoben. Die Kostenrechnung ist Bestandteil dieses Bescheides.
Die Kosten werden im Rahmen des vereinfachten Baugenehmigungsverfahrens festgesetzt.

01304

Konten der Kreiskasse
Sparkasse Ansbach
UniCredit Bank - HypoVereinsbank
VR-Bank Mittelfranken West eG
Postbank Nürnberg

IBAN
DE13 7655 0000 0000 2014 34
DE44 7652 0071 0004 1501 12
DE79 7656 0060 0000 0149 90
DE98 7601 0085 0007 0708 57

BIC
BYLADEM1ANS
HYVEDEMM406
GENODEF1ANS
PBNKDEFF

IV. Auflagen und Bedingungen

Baurecht

1. Das Vorhaben ist nach den vom Landratsamt Ansbach genehmigten Bauvorlagen unter Beachtung der darin eingetragenen Vermerke, Maße und Änderungen auszuführen.

Die Baubeginnsanzeige ist eine Woche vor Ausführungsbeginn dem Bauamt vorzulegen.

Muss der Standsicherheitsnachweis bei Bauvorhaben nach Art. 62a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBO (Gebäude der Gebäudeklasse 1 bis 3, Behälter, Brücken, Stützmauern, Tribünen; sonstige bauliche Anlagen, die keine Gebäude sind, mit einer Höhe von mehr als 10 m) nicht geprüft und nicht durch einen Prüfsachverständigen bescheinigt werden, ist spätestens mit der Baubeginnsanzeige eine Erklärung des Tragwerksplaners nach Maßgabe des Kriterienkatalogs vorzulegen. Dies gilt nicht für Wohngebäude der Gebäudeklasse 1 und 2 und für nicht oder nur zum vorübergehenden Aufenthalt einzelner Personen bestimmte eingeschossige Gebäude mit freien Stützweiten von nicht mehr als 12 m und nicht mehr als 1600 m² Fläche.

Ergibt sich aus dem Kriterienkatalog, dass der Standsicherheitsnachweis geprüft, bzw. bescheinigt werden muss, so darf mit der Bauausführung, bzw. mit der Ausführung der jeweiligen Bauabschnitte erst begonnen werden, wenn die Bescheinigung Standsicherheit I (Vollständigkeit und Richtigkeit des Standsicherheitsnachweises) dem Landratsamt Ansbach - Bauamt vorliegt. Spätestens mit der Anzeige der Nutzungsaufnahme ist die Bescheinigung Standsicherheit II (ordnungsgemäße Ausführung) dem Bauamt vorzulegen.

10102

Abfallrecht

2. Die beim Neubau eines BHKW-Motorenhaus und Wärmepuffer entstehenden Abfälle sind nachweislich ordnungsgemäß und schadlos zu entsorgen.
3. Darüber und über die Entsorgung der im Betrieb anfallenden gefährlichen und nicht gefährlichen Abfälle sind regelmäßig Aufzeichnungen im Betriebstagebuch zu führen. Der Anlagenbetreiber hat dem Sachgebiet 32, Teilsachgebiet Abfallrecht, in einjährigen Abständen (jeweils bis 31.03.) eine Abfallbilanz mit Aufzeichnung aller im Betrieb anfallenden Abfälle sowie deren Entsorgungswege vorzulegen. Zudem sind die dazu erstellten Liefer-/Übernahme-/Begleitscheine und ein Auszug aus dem Betriebstagebuch vorzulegen (§§ 47 ff. KrWG).
4. Im Übrigen gelten die abfallrechtlichen Auflagen bereits erteilter Bescheide.

Sicherheitsangelegenheiten, Feuerwehrwesen

Bei vorliegendem Vorhaben sind folgende den Arbeits- und Explosionsschutz betreffende Punkte zu beachten:

5. Verordnungen und Regelwerke allgemein:
 - Sicherheitsregeln für Biogasanlagen TI4 (Stand 03/2016)
 - Forderungen aus dem Biogashandbuch Bayern
 - Gefahrstoffverordnung

- Biostoffverordnung
- Betriebssicherheitsverordnung
- Baustellenverordnung
- Arbeitsstättenrichtlinie
- Vorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz der Landw. Berufsgenossenschaft

6. Baumaßnahme allgemein:

- Während den anstehenden Bauarbeiten sind die entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten (UVV 2.7).
 - Der Bauherr hat für die Baumaßnahme vor Baubeginn einen Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator nach Baustellenverordnung zu bestellen.
 - Der Bauherr hat für die Baumaßnahme vor Baubeginn einen Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan nach Baustellenverordnung zu erstellen.
7. Die Anforderungen der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG sind einzuhalten. Für alle eingebauten Geräte, Maschinen und gekoppelten Anlagen sind Konformitätserklärungen der jeweiligen Hersteller oder Inverkehrbringer vorzuhalten.
8. Wartungs- und Bedienstände sind mit sicheren Standplätzen und Zugängen auszustatten.
9. Erhöht liegende Arbeitsplätze, sind mit dreiteiligen Geländern gegen das Abstürzen von Personen auszustatten.
10. Zugänge zu erhöht liegenden Arbeitsplätzen, die regelmäßig begangen werden, sind mittels Treppen zu gestalten.
11. Bodenöffnungen, Kanäle und Schächte sind gegen Hineinstürzen von Personen zu sichern (z. B. Geländer oder nicht verschiebbare Abdeckung).
12. Der Bauherr hat Druckbehälter, deren Sicherheit von den Montagebedingungen abhängt, vor der erstmaligen Verwendung und nach wesentlichen Änderungen nach § 15 Absatz 1 BetrSichV von einer zur Prüfung befähigten Person prüfen zu lassen (z. B. Membran-Druckausgleichsgefäße).
13. Alle **Räume**, die betriebsbedingt begangen werden müssen und in denen sich Gas ansammeln kann, z.B. Pumpenräume, Kontrollschächte, müssen ausreichend quer- oder, wenn unterirdisch, zwangsgelüftet werden. Gefahrenhinweise sind anzubringen.
14. Die Abluft des BHKW-Raumes muss ins Freie abgeleitet werden.
15. Die Tür zum BHKW-Raum ist in Fluchtrichtung nach außen aufschlagend einzubauen.

V. Hinweise

Baurecht

1. Die Baugenehmigung und die Bauvorlagen müssen während der Bauzeit auf der Baustelle vorliegen.
Das Baugesetzbuch, die Bayerische Bauordnung und die sonstigen baurechtlichen Vorschriften sowie die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst und Technik,

insbesondere die als Richtlinien eingeführten einschlägigen DIN-Vorschriften und die Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektriker – VDE – sind der Bauausführung zugrunde zu legen und einzuhalten.

Die berufsgenossenschaftlichen Vorschriften und Regeln der BG Bau (Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft) sind zu beachten und einzuhalten. Das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ist zu beachten.

Wer Baustellen betreibt hat dafür zu sorgen, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden und die beim Betrieb der Anlagen entstehenden Abfälle ordnungsgemäß beseitigt werden können. Während der Ausführung des Bauvorhabens hat der Bauherr an der Baustelle ein Schild, das die Bezeichnung des Bauvorhabens sowie die Namen und Anschriften des Bauherrn und des Entwurfsverfassers enthalten muss, dauerhaft und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar anzubringen.

Die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung der baulichen Anlage ist zwei Wochen vorher dem Landratsamt Ansbach – Bauamt anzuzeigen.

30100

2. Die Erteilung der bauaufsichtlichen Genehmigung erfolgt im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren gemäß Art. 59 BayBO. Bauherr, Entwurfsverfasser und Unternehmer sind dafür verantwortlich, dass die hier nicht geprüften weiteren öffentlich-rechtlichen Vorschriften sowie die eingeführten technischen Regeln (insbesondere über Brandschutz, Standsicherheit, Wärme-, Erschütterungs- und Schallschutz) sorgfältig eingehalten werden.

Vor Baubeginn, spätestens jedoch vor Ausführung der jeweiligen Bauabschnitte, müssen die jeweils erforderlichen Nachweise gemäß Art. 62 BayBO von einem Nachweisberechtigten erstellt sein.

Festgestellte Abweichungen in den Nachweisen sind genehmigungspflichtig und sind gesondert, mit Begründung, zu beantragen. Mit dem Baubeginn, bzw. der Ausführung des betroffenen Bauabschnittes darf erst begonnen werden, wenn die Genehmigung der Abweichung erteilt ist.

30300

Wasserschutz

3. Eine wasserwirtschaftliche Prüfung ist nicht erfolgt, da dies im separaten BlmSchG-Verfahren erfolgt.

Abfallrecht

4. Die Auflagen beruhen auf Vorgaben der §§ 3 ff. i.V. m. §§ 47 ff. des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) i.V.m. §§ 1 ff. Nachweisverordnung und Regelungen der Bioabfallverordnung, der Gewerbeabfallverordnung sowie weiterer untergesetzlicher Regelungen. Im Übrigen gelten die abfallrechtlichen Hinweise bereits erteilter Bescheide.

VI. Gründe

Das Vorhaben ist nach Art. 55 der Bayerischen Bauordnung, -BayBO- in der derzeit gültigen Fassung, genehmigungspflichtig. Das Grundstück, auf dem das Bauvorhaben ausgeführt werden soll, liegt im örtlichen Zuständigkeitsbereich des Landratsamtes Ansbach (Art. 3 Abs. 1 BayVwVfG).

Die sachliche Zuständigkeit zur Entscheidung des Antrages ergibt sich aus Art. 54 Abs. 1 und Art. 53 Abs. 1 Satz 1 BayBO. Nach Sach- und Rechtslage konnte der Antrag gem. Art. 68 Abs. 1 BayBO genehmigt werden, da das Bauvorhaben öffentlich-rechtlichen Vorschriften, die im Genehmigungsverfahren geprüft wurden, nicht widerspricht. Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie im Interesse einer ordnungsgemäßen Ausführung des Vorhabens waren die vorgenannten Bedingungen und Auflagen in den Bescheid aufzunehmen (Art. 3 Abs. 1 BayBO i.V.m. Art. 36 Abs. 1 BayVwVfG).

50101

Die im Rahmen des Art. 63 BayBO zugelassene Abweichung von den Abstandsflächenvorschriften des Art. 6 BayBO war zu erteilen, weil sie unter Berücksichtigung der Anforderungen der abstandsflächenrechtlichen Vorschriften und unter Würdigung der nachbarlichen Interessen mit den öffentlichen Belangen (Belichtung, Belüftung und Brandschutz) vereinbar ist.

50707

Die Kostenentscheidung stützt sich auf Art. 1, 2, 5 und 6 des Kostengesetzes (KG) in der derzeit gültigen Fassung. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach Tarif Nr. 2.I.1/1.24.1.1 und 1.24.1.2 des Kostenverzeichnisses zum Kostengesetz in der derzeit gültigen Fassung. Die Erhebung der Auslagen beruht auf Art 10 KG i.V.m. Tarif Nr. 2.I.1/5 des Kostenverzeichnisses zum Kostengesetz.

51304

Das Bauvorhaben befindet sich im Innenbereich gem. § 34 BauGB. Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ist ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist. Die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse müssen gewahrt bleiben; das Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden. Die Voraussetzungen sind gegeben. Das Bauvorhaben ist somit bauplanungsrechtlich zulässig.

54105

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Bauen ohne Baugenehmigung bzw. planabweichendem Bauen die Bauarbeiten nach Art. 75 BayBO eingestellt werden können und nach Art. 79 BayBO die Festsetzung einer Geldbuße bis zu 500.000 EURO möglich ist.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe**, schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz **zugelassenen** (1) Form, **Klage** erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Ansbach in 91522 Ansbach,

Postfachanschrift: Postfach 6 16, 91511 Ansbach,

Hausanschrift: Promenade 24-28, 91522 Ansbach.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen bei schriftlicher Einreichung oder Einreichung zur Niederschrift Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

(1) Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen. Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

57001

Anmerkungen:

Eine Baugenehmigung erlischt, wenn innerhalb von vier Jahren nach ihrer Erteilung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Bauausführung vier Jahre unterbrochen worden ist.

Die Einlegung eines Rechtsbehelfes hemmt den Lauf dieser Fristen bis zur Unanfechtbarkeit der Baugenehmigung.

Die o.g. Frist kann um bis zu 2 Jahre verlängert werden, wenn das der Antragsteller vor Ablauf der Geltungsdauer schriftlich über die zuständige Gemeinde beim Landratsamt Ansbach beantragt.

Der Bescheid wurde teilweise unter Verwendung von Auto-Texten erstellt. Die am Rand kleingeschriebenen Zahlen sind ohne rechtliche Bedeutung.

57002




Bleicher